



Presseinformation

Nr. 141 / 2013

Hochschule / Lehramtsausbildung

Kiel, Donnerstag, 21. März 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Das Beste wäre, Sie würden Ihre unsinnigen Pläne einfach beerdigen!

In seiner Rede zu TOP 20 (Zukunft der Lehramtsausbildung) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Zunächst möchte ich einige grundsätzliche Anmerkungen zu den Plänen der Landesregierung bei der Reform der Lehramtsausbildung machen: Reformbedarf besteht ohne jeden Zweifel. Das Modell, das die Ministerin in früherer Funktion mit ausgearbeitet hat, haben Sie leider verworfen und durch einen völlig anderen Ansatz ersetzt. Ich möchte es noch einmal ganz deutlich sagen: Die Abschaffung des Gymnasiallehrers halten wir mit Blick auf unser Schulsystem für den völlig falschen Weg. Es hat mit Schulfrieden nichts zu tun, wenn Sie hier mit Ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit ein solches Fass aufmachen.

Die Lehramtsausbildung muss schulartbezogen bleiben, denn etwas anderes wird den jeweiligen Schulformen nicht gerecht. Seien Sie doch wenigstens ehrlich: Wer eine einheitliche Ausbildung will, der will auch eine einheitliche Schulform. Sie versuchen leider, die Leute hinter die Fichte zu führen. Das ist schlichtweg unredlich. Für uns ist klar: Die Lehramtsausbildung muss sich am bestehenden Schulsystem orientieren und nicht andersherum.

Unabhängig von der Schulstrukturpolitik, die Sie hier durch die Hintertür machen wollen, halten wir den geplanten Alleingang Schleswig-Holsteins bei der Reform der Lehramtsausbildung für unsinnig. Die Attraktivität der Lehramtsausbildung in Schleswig-Holstein wird durch Ihre Pläne nicht gesteigert werden, für Studieninteressierte aus anderen Bundesländern wird sie deutlich abnehmen.

Hochschulpolitisch am gravierendsten ist jedoch die Gefährdung von Studienplätzen in Flensburg oder in Kiel. Nachdem vor allem in Flensburg große Unruhe und sogar Panik unter den Studierenden entstanden war, formierte sich vor Ort massiver Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung. Zu meiner Verwunderung zeigte sich das Ministerium darüber öffent-

lich verwundert. Sie werden aber nicht bestreiten können, dass es auch in der Koalition großen Unmut gab und wahrscheinlich noch immer gibt.

Frau Ministerin! Ihre hektische Einigung mit der Flensburger Uni dokumentiert eindrucksvoll Ihre ganze Planlosigkeit in dieser Frage. Wie gut Ihre vermeintliche Dialogkultur in der Praxis funktioniert, konnte man hierbei sehr schön beobachten: Die Einigung auf die veröffentlichten Eckpunkte war nichts anderes als Krisenmanagement. Das war reine Schadensbegrenzung. In Flensburg haben Sie die Gemüter damit vorerst einigermaßen abkühlen können, da Sie ja öffentlich weitgehende Zugeständnisse machen mussten. Das Problem entstand dann nur leider wieder an der Universität Kiel, weil man diese gar nicht eingebunden hatte und man dort die mit den Flensburgern vereinbarten Eckpunkte nicht nachvollziehen kann.

Wie soll das Gesamtpaket jetzt ganz konkret aussehen und wie soll es finanziert werden? Unnötige Doppelstrukturen und eine Gefährdung von Studienplätzen in Flensburg oder Kiel müssen vermieden werden. Nennenswerte Mehrkosten kann sich das Land nicht leisten. Die Hochschulen sind ja schon chronisch unterfinanziert. Für diese Reform dürfen jetzt nicht unnötig Mittel gebunden werden, die dann anderswo fehlen werden. Unklar ist auch, wie die Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer, die die neuen Lehramtsstudiengänge absolviert haben, gestaltet werden soll.

Es ist wirklich bemerkenswert, dass sich ausgerechnet die Universität Flensburg aus Angst um ihre Existenz gezwungen sah, bei FDP und CDU um Unterstützung zu bitten, obwohl erst im letzten Jahr eine SSW-gestützte Landesregierung mit der ehemaligen Flensburger Universitätspräsidentin das Wissenschaftsministerium übernommen hat. Bemerkenswert finde ich auch die große Meinungsflexibilität der Ministerin: Noch in der Dezember-Tagung erklärte uns die Wissenschaftsministerin hier im Plenum, dass es – anders als im Koalitionsvertrag vorgesehen – nur noch zwei Ausbildungen geben solle: Eine Primarstufenlehrausbildung und eine Sekundarstufenlehrausbildung.

Nach der Einigung mit der Universität Flensburg soll es nun jedoch wieder die Unterteilung in Sekundarstufe I und Sekundarstufe II geben. Wir dürfen also weiter gespannt sein, was Sie in den nächsten Wochen und Monaten fabrizieren werden. Vielleicht erfahren wir im April bei der Anhörung zu unserem Antrag im Bildungsausschuss mehr.

Das Beste wäre, Sie würden Ihre unsinnigen Pläne einfach beerdigen!“